

# Auer Tageblatt

Abstellungen nehmen die Anträge  
und die Anträge die Posten  
ausgeben. — Erscheint wöchentlich.  
Gesamtpreis - Aufschlag Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise  
bestehen für Anzeigen aus Aue und  
Umgebung 20 Cent pro Zeile, aus-  
wärtige Anzeigen 30 Cent pro Zeile.  
Reklame-Belegblätter 50 Cent pro Zeile.  
amtliche Zeile 20 Cent pro Zeile.

Telegramm: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 25

Sonnabend, den 30. Januar 1926

21. Jahrgang

## Vertrauen für Luther.

Eine Erklärung Stresemanns. — 10 Stimmen mehr!

Eine Stunde, bevor gestern im Reichstage die Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt wurde, war eine Kabinettsitzung abgehalten worden, in der übereinstimmend die Auflösung abgetreten wurde, daß der Reichskanzler vom Reichspräsidenten

die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages bitten müsse, für den Fall, daß das Vertrauensvotum der Koalitionsparteien abgelehnt werden sollte. Als Dr. Luther in der dritten Nachmittagsstunde im Reichstage erschien, war er bereits im Besitze des Auflösungsdekrets. Alles Interesse und jedes Gespräch im Reichstage drehte sich nur noch um die Frage: Werden die wenigen Stimmen Mehrheit für das Vertrauensvotum im entscheidenden Augenblick vorhanden sein oder nicht?

Daß die Sozialdemokraten Enthaltung beschlossen hatten, war bereits vor Sitzungsbeginn bekannt. Aber es ist als ein charakteristisches Zeichen für den Stimmungsumschwung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion anzusehen, daß nicht weniger als 88 Abgeordnete sich für die glatte Annahme des Vertrauensantrages ausgesprochen haben.

Früher noch, wie die Wirtschaftliche Vereinigung der 22 Stimmen zählt, sich verhalten würde. Wäre auch darüber war man sehr bald ins Bild gesetzt. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat ebenfalls einstimmig „Stimmhaltung“ beschlossen, so daß insgesamt 150 Abgeordnete des Reichstages bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum nicht votierten. Der Kampf um den Vertrauensantrag mußte sich ausschließlich zwischen der Regierungspartei und den Parteien der Opposition, den Deutschnationalen, den Kommunisten und den Volksfraktion abspielen.

Da die Stimmenzahl der beiden Blocks nahezu völlig gleich ist — 171 zu 170 — hing es wirklich nur von der zufälligen Stärke der Präsenzlisten einer der beiden Gruppen ab, ob das Vertrauensvotum angenommen oder abgelehnt wurde. Das Frage- und Antwortspiel, das Ministerpräsident Luther bis knapp vor der Abstimmung unverändert fort. Dauernd wurde festgestellt und gerechnet, wieviel Abgeordnete bei den einzelnen Fraktionen fehlen. In der siebenten Abendstunde gläubte man feststellen zu können, daß bei den Regierungsparteien 12 und bei den Oppositionsparteien 21 Abgeordnete fehlen.

Kurz vor Beginn der Abstimmung über das Vertrauensvotum macht

### Außenminister Dr. Stresemann

unter atemloser Stille im Reichstage die Mitteilung, daß er von den Besatzungsmächten England, Frankreich und Belgien heute eine Note erhalten habe, in der feststeht, daß entgegen umlaufenden Meldungen, die Besatzungsmächte keine Entscheidung hinsichtlich der Stärke der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone getroffen haben, insbesondere keine Entscheidung etwa in dem Sinne, daß die Zahl der Besatzungstruppen 75 000 Mann oder annähernd soviel ausmachen solle.

In der Note heißt es ferner, daß die Besatzungsmächte bei den Feststellungen verbleiben, die in der Note der Bot-

schafterkonferenz vom 14. November v. J. gemacht worden sind. (In dieser Note der Botschafterkonferenz war bekanntlich ausgedrückt worden, daß die Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone annähernd der Normalstärke der Friedensbesatzung entsprechen sollen.)

Die Note der Besatzungsmächte führt weiter aus, daß England, Frankreich und Belgien alsbald in eine Prüfung der Herabsetzung der Besatzungszahl auf die annähernd normale Stärke eintreten werden, sobald die Verträge von Locarno in Kraft getreten sind. Gleichzeitig haben die Besatzungsmächte mitgeteilt, daß die Räumung der Kölner Zone auf den 31. Januar verzögert worden sei.

Die Erklärung des Reichsaußenministers machte im Hause starken Eindruck.

100 ja, 150 nein.

Nach 18 Uhr abends wurde das Abstimmungsergebnis im Reichstage verkündet. Insgesamt beteiligten sich 400 Abgeordnete an der Abstimmung. Davon gaben 151 Stimmenthaltung ab, 180 stimmten mit Ja, 149 stimmten mit Nein. Das Kabinett Luther blieb also mit zehn Stimmen in der

Für das Vertrauensvotum haben gestimmt: 64 Zentrum, 47 Deutsche Volkspartei, 47 Volksfraktion, 18 Bauernpartei, 30 Demokraten, 2 ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung, insgesamt 160. Gegen das Vertrauensvotum haben gestimmt: 102 Deutschnationale, 8, 39 Kommunisten, 7, 8 Volksfraktion, 7 und 1 Fraktionslosler, insgesamt 160. Der Stimme enthalten haben sich: 112 Sozialdemokraten, 18 Abg., eine sozialdemokratische Stimme war unglücklich. Außerdem haben sich 18 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung der Stimme enthalten, 2.

### Die Berliner Presse zu dem Vertrauensvotum für das Reichskabinett.

Berlin, 29. Januar. Die Deutsche Zeitung sieht in der Annahme der Vertrauensfrage für die Reichsregierung, die durch eine Minderheit gegen eine Minderheit bei Selbstauswahlung beinahe eines Drittels des Reichstages zustande gekommen sei, eine tatsächliche Niederlage der Regierung und wiederholt ihre Parole: Opposition mit allen Mitteln und in jeder Form. Die Deutsche Tageszeitung, die zwar erklärt, daß die Reichsregierung nach den Zahlen der gestrigen Abstimmung das Vertrauen des Reichstages nicht verliert, aber zum mindesten in höchst unzulässigem Maße, betont, daß bisher keine der ausschlaggebenden Oppositionsparteien sich zur Opposition bekannt habe. Die Regierung habe also die Möglichkeit zu beweisen, daß sie etwas kann. Die Deutsche Zeitung schreibt, obwohl wir mit der Locarno-Politik nicht einverstanden sind und bei jedem anderen was Luther mit seinem Namen bedt, den tiefen Kompromißcharakter bedauern, begründen wir doch die Partei der politischen Führerpersönlichkeit.

### Ueber die Kosten der Reichsfinanzverwaltung.

In letzter Zeit sind häufig sowohl in Tageszeitungen wie in öffentlichen Versammlungen völlig unzutreffende Gerüchte über die Kosten der Reichsfinanzverwaltung verbreitet worden. Der Reichsfinanzminister ist diesen Gerüchten mit einer amtlichen Berichtigung entgegengetreten, die Mitte Dezember 1925 in den Tageszeitungen abgedruckt worden ist. Darin wird an Hand des amtlichen Materials festgestellt, daß die Verwaltungskosten der Abgabenverwaltung in den letzten Jahren mit geringen Schwankungen 4 bis 5 v. H. betragen haben. In den Kosten sind inbegriffen die Ausgaben des Reichsfinanzministeriums selbst einschließlich der vom früheren Schatz- und Wiederaufbauministerium übernommenen Verwaltungszweige, ferner alle Kosten der gesamten Abgabenverwaltung, also der Landesfinanzämter mit den Finanzgerichten, den Finanzämtern, Hauptzoll- und Zollämtern, des Reichsfinanzhofes, der Bau- und Vermögensverwaltung mit allen ihren nach § 19 A. O. und darüber hinaus weite Teile der Landesfinanzverwaltungen umfassenden Aufgaben. Für das Rechnungsjahr 1924 betragen die Einnahmen 7 859 155 205 Reichsmark, die Gesamtausgaben nur 308 508 461 Reichsmark. Die Ausgaben betragen mithin im Durchschnitt 4,14 v. H. der Einnahmen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Betriebskoeffizient der Reichsfinanzverwaltung außerordentlich gering ist und daß die verbreiteten Gerüchte als unverantwortliche Entstellungen bezeichnet werden müssen.

## Unterredung zwischen Briand und Chamberlain.

Paris, 28. Jan. Wie angekündigt, hatten der englische Staatssekretär für Auswärtiges Chamberlain und Außenminister Briand heute vormittag 10 Uhr eine Unterredung, die bis gegen 12.15 Uhr dauerte. Nach der Besprechung wurden die Vertreter der ausländischen Presse von den beiden Staatsmännern empfangen. Wie Havas hierüber berichtet, erklärte Briand, Chamberlain und er hätten nur einen einfachen Meinungsaustausch gepflogen und bezüglich der verschiedenen von ihnen gestellten Fragen keine entscheidenden Beschlüsse gefaßt. Chamberlain habe infolge seines längeren Aufenthaltes im Süden etwas die Fühlung mit der Politik verloren. Bevor er also irgendeinen Beschluß fasse, sei es ganz natürlich, daß er die Angelegenheiten näher prüfe, die heute vormittag gezeitigt worden seien. Aber es habe sich auch hier wieder der außerordentlich lebhaften Wunsch nach einer engen und herzlichen Zusammenarbeit in allen Fragen kundgetan. Chamberlain äußerte, dieses Verfahren sei bis jetzt ziemlich gut geklärt. Es sei die Grundlage alles dessen, was man im vergangenen Jahre getan habe, und auf diesem Wege sei man nach Locarno gelangt. Briand erklärte: Wir sind entschlossen, auf diesem Wege fortzufahren. Chamberlain bemerkte alsdann unter Hinweis auf seine zweimonatige Abwesenheit von London, der Meinungsaustausch, den er soeben über gewisse Frankreich und England besonders interessierende Fragen mit Briand gehabt habe, lasse keinen Zweifel darüber, daß Briand und er das Mittel finden würden, in Zukunft ebenso zusammenzuarbeiten wie bisher. Wir sind, so fuhr Briand fort, auf keine unüberwindlichen Hindernisse gestoßen; die Entscheidungen werden sehr rasch getroffen werden. Ueber die deutschen Forderungen betreffend die Stärke der alliierten Besatzungstruppen im Rheinlands befragt, erklärte Briand, diese Frage sei von den deutschen Forderungen polemisch behandelt worden. Sie werde im Geiste von Locarno geregelt werden, dadurch, daß man einerseits die Lasten der deutschen Bevölkerung auf ein Mindestmaß herabsetze und andererseits der Sicherheit der alliierten Truppen Rechnung trage werde. Seit Locarno sei übrigens ein großer Teil der Wünsche Deutschlands bereits verwirklicht worden, was noch übrig bleibe, werde leicht zu regeln sein. Ebenso werde auch die Frage der Entwaffnung demnächst ihre Lösung finden. Chamberlain erklärte, man dürfe nicht auf das sehen, was noch zu tun sei, sondern mehr auf das Überblicken, was seit Locarno bereits getan worden sei. Das stelle einen ungeheuren Fortschritt dar und wenn man derartige Ergebnisse für Anfang dieses Jahres vorausgesagt hätte, hätte niemand daran geglaubt; das müsse für die Zukunft Mut einflößen.

### Die Behandlung des Strafgefangenen Hölz.

Die kommunistische Landtagsfraktion in Preußen führte in einer kleinen Anfrage Beschwerde über die Behandlung des Strafgefangenen Hölz. Insbesondere werde dem Verteidiger, der für ein Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Hölz tätig sei, seine Arbeit auf jede Art und Weise erschwert. Wie der preussische Justizminister, dem amtlichen preussischen Pressedienst zufolge, ausführt, sind dem Strafgefangenen Hölz wegen fortgesetzter grober Ungehörigkeiten mehrere Bergamntigungen entzogen worden. Der Minister hat diese Maßnahme nach Prüfung des Sachverhalts für gerechtfertigt erachtet. Sie erstreckt sich auf den Verkehr des Hölz mit seiner Ehefrau; der mündliche und schriftliche Verkehr mit dem im Interesse der Wiederaufnahme des Verfahrens für Hölz tätigen Verteidiger wird dadurch nicht getroffen.

### Ein Amtsverzicht Trojki.

Moskau, 28. Jan. Auf seine persönliche Bitte hin ist das Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrates Trojki vom Posten des Chefs der Hauptelektrizitätsverwaltung entzogen worden. Zum vorläufigen Chef der Hauptelektrizitätsverwaltung wurde Kurotschewski ernannt.

### Der japanische Ministerpräsident gestorben.

Tokio, 28. Jan. Gestern abend ist nach mehrmonatiger Krankheit der japanische Premierminister Dicomte Kato an Nierenkrämpfen im Alter von 67 Jahren gestorben. In einer sofort einberufenen Sonder Sitzung des japanischen Kabinetts wurde beschlossen, die Demission einzusetzen. Watarafuji übernimmt die Nachfolge Katos als Vorsitzender der Regierungspartei.

### Befreiungsfeier in Köln.

Köln, 28. Januar. Die Nachricht, daß die Kölner Zone am 31. Januar 1926 12 Uhr nachts frei wird, hat hier allenthalben freudige Ueberraschung und Begeisterung hervorgerufen. Oberbürgermeister Dr. Ubenauer hat sofort beim Kultusminister den Antrag gestellt, am Montag, den 1. Febr. den Schulunterricht ausfallen zu lassen.

Wie W. D. hört, findet in der Nacht vom Sonntag, den 31. Januar zu Montag, dem 1. Februar Mitternacht eine große öffentliche Befreiungsfeier auf dem Domplatz statt. Wenn die Mitternachtstunde schlägt, beginnt die Deutsche Glocke am Rhein, die Petrusglocke des Domes zu läuten und sämtliche Kirchenglocken folgen. Vor dem Hauptportal des Domes hält Bürgermeister Dr. Ubenauer eine kurze Ansprache an die Bevölkerung. Die Feier wird durch den deutschen Rundfunksender in Königswinterhausen aufgenommen. Durch die S. Z. in Köln stattfindende Deutsche Funkausstellung ist diese Möglichkeit gegeben. Sie wird sodann an alle deutschen Rundfunkempfänger weitergeleitet.

### Antrag auf Repressalien gegen Italien.

Die Deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags erucht in einem Antrag, die Genehmigung zur Errichtung neuer italienischer Schulen in Preußen solange zu verweigern und die bestehenden italienischen Schulen solange zu schließen, wie der deutschen Bevölkerung in Südtirol wieder die Möglichkeit des Unterrichts in ihrer Muttersprache gegeben ist.

### Neue italienische Proteste.

Rom, 29. Januar. Nach einer Stefanmeldung veranstalteten gestern in Florenz und Vercelli Studenten Protestkundgebungen gegen den „italienfeindlichen Feldzug in Deutschland.“